

Oskar Weggel

Wie China mit der Asienkrise zurechtzukommen versucht

Gliederung:

- 1 Dongya jin'e weiji: Die „Asienkrise“
- 2 Einsichten und Konsequenzen
- 2.1 Theoretische Erkenntnisse
- 2.2 Praktische Konsequenzen
- 2.2.1 Innenpolitisches Antwortverhalten: Reparaturarbeiten am Banken- und Finanzsystem
 - 2.2.1.1 Veraltete Strukturen
 - 2.2.1.2 Gefahren von oben und von unten
 - 2.2.1.3 Maßnahmen Zhu Rongjis
- 2.2.2 Außenpolitische Konsequenzen
- 2.2.2.1 Der Stellenwert der Asienkrise im außenpolitischen Spektrum
 - 2.2.2.2 Verzicht auf Abwertung der chinesischen Währung
- 3 Großes Gesicht für China

1 Dongya jin'e weiji: Die „Asienkrise“

Obwohl der chinesische Begriff für „Asienkrise“ auf den Finanzaspekt (*Dongya jin'e weiji*, wörtl.: „asiatische Geldmengenkrise“) eingeschränkt ist, wird die Gesamtproblematik doch keineswegs spezifisch wirtschaftlich, sondern generell *politisch* interpretiert. Nur konsequent ist es deshalb, wenn auch die chinesische Außenpolitik dem Thema Rechnung trägt und immer wieder betont, daß China die Herausforderung nicht nur mit Wirtschaftsreformen, sondern auch mit einer Politik besonderer Rücksichtnahme auf nachbarliche Interessen zu beantworten habe.

2 Einsichten und Konsequenzen

Welche theoretischen und praktischen Lehren hat die VR China aus eineinhalb Jahren Asienkrise bisher gezogen?

2.1 Theoretische Erkenntnisse

Das Thema *Dongya jin'e weiji* wurde von zahlreichen Ministerien und Beratergremien aufgegriffen, u.a. auch vom Institut für die Gegenwärtigen Internationalen Beziehungen (*xian dai guoji guanxi yanjiusuo*), das sich längst als eines der einflußreichsten Beratergremien für das Außenministerium – und für den Staatsrat insgesamt – profiliert hat.

Als Beispiel sei hier ein Beitrag von Su Jinxiang¹ wiedergegeben.

Die gegenwärtige Asienkrise sei – nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und dem ersten Ölchock von 1973 – die bisher schlimmste wirtschaftliche Abwärtsbewegung

im 20. Jh. und gehöre zu einem ganzen Stammbaum, dem auch andere finanzielle Krisen zuzurechnen seien, nämlich die Rückschläge von 1990/93 (in Finnland, Norwegen, Schweden), 1992/93 (Währungskrise in Europa), 1994/95 (Mexikokrise) und Mai 1998 (Rußlandkrise).

All diese Rückschläge seien Folgen der finanziellen Liberalisierung, die im Anschluß an den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens vom Jahre 1972 nach und nach das Vakuum ausgefüllt habe: Beginnend mit den „Big-Bang“-Reformen Großbritanniens vom Oktober 1986, denen sich kurze Zeit später Frankreich, Deutschland, Belgien und die Niederlande angeschlossen hätten. Deutschland habe seine Kapitalmärkte im Jahre 1990, 1994 und 1997 reformiert. Eine schnelle Globalisierung und Liberalisierung der finanziellen Märkte sei die Folge all dieser Reformen gewesen, so daß die täglichen Transaktionen auf den zehn Hauptwährungsmärkten der Welt sich 1992 auf 900 Mrd. US\$ pro Tag belaufen und sich bis 1995 auf 1,3 Billionen pro Tag hochgeschraubt hätten. Da 95% dieses Kapitals Spekulationszwecken dienen sollten, sei es zu schnell aufeinanderfolgenden Krisen gekommen.

Der Währungsverfall kam nie alleine daher, sondern war immer häufiger von Kredit- und Banken Krisen begleitet. Der Grund? Die südostasiatischen Länder wurden – von Offshore-Banken – mit Milliarden-Dollar-Beträgen überschwemmt, die jedoch, kaum tauchte auch nur ein Anflug von Gefahr auf, sich bereits innerhalb von Minuten wieder verflüchtigt hatten – mit verheerenden Folgen für alle Betriebe, die sich auf solche „heißen Gelder“ eingelassen hatten und die nun zur Rückzahlung nicht mehr in der Lage waren.

Da so viele asiatische Volkswirtschaften auf Pump gewirtschaftet hatten, erwiesen sich ihre Währungen schon bald als überbewertet – und wurden damit anfällig für Spekulationen, zumal die einzelnen Währungen auch noch an den Dollar gebunden waren.

Nach Sus Meinung sind die westlichen Länder gegen Fluktuationen der beschriebenen Art weitaus besser gefeit als es die meisten asiatischen Staaten waren, die von den verheerenden Auswirkungen der Asienkrise überrascht und z.T. einfach überfahren wurden. (Su übersieht freilich, daß die Asienkrise mittlerweile auch auf die westlichen Kapitalmärkte verheerende Rückwirkungen ausgeübt hat. Trotz dieser Fehleinschätzung bleibt seine Bewertung des westlichen Abwehrvermögens interessant, weil China aus einer solchen Perception ja Rückschlüsse für sein eigenes künftiges Verhalten ziehen dürfte.)

Mit fünf Abwehrmechanismen könnten die westlichen Länder dem Sturm trotzen, nämlich

1. mit der Versicherung von Bankeinlagen,
2. mit konsequenter Schließung bankrottreifer Unternehmen. Demgegenüber habe ein Land wie Japan viele Jahre hindurch am „Konvoi“-System festgehalten und auch kranke Betriebe mit durchgeschleppt.
3. mit hochgradiger Transparenz,
4. mit Mindestreserven, die über die Baseler „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ international auf gleicher Höhe gehalten werden,
5. und mit strikter Überwachung. In Deutschland geschehe dies erstens durch strikte Unabhängigkeit der Bundesbank und zweitens durch ein „Bundesaufsichtsamt für Banken“, das 1994 gegründet wurde.

Mit diesem Maßnahmenpaket hätten in den vergangenen Jahren viele notleidende Banken gerettet werden können.

¹Band VIII., Nr.10 der CICIR-Publikation vom Oktober 1998, S.10-19.

Welche Lehren kann China aus den westlichen Praktiken ziehen? Auch hier werden – wieder einmal! – fünf Punkte aufgeführt, nämlich

1. Verstärkung des Krisenbewußtseins. Gerade wegen des Mangels an soliden Aufsichtsmechanismen müsse China besonders auf der Hut sein. Die Ungewißheit über den Zustand der ostasiatischen Volkswirtschaften, die Fluktuationen des japanischen Yen, die Finanzkrise in Rußland und die Nervosität an den US-Börsen könnten gefährliche Rückwirkungen auf die chinesische Wirtschaft ausüben, falls China nicht äußerste Wachsamkeit übe.
2. Erstellung eigener Beobachtungen, da westliche Berater alles andere als zuverlässig seien, angefangen von den „Rating-Agenturen“ bis hin zum IWF: Die Rating-Agenturen handelten übernervös und ließen sich schon durch das „Rauschen der Blätter im Wind“ zu unbedachten Urteilen und zu Überreaktionen hinreißen; der IWF andererseits verlange ständig „unrealistische Reformen“ und stürze damit die von internationalen Krisen betroffenen Länder noch tiefer ins Verderben – mit manchmal verheerenden sozialen Konsequenzen (wie das Beispiel Indonesien zeigt).
3. Schnelle Verwirklichung von Finanzreformen: China müsse darauf achten, daß (1) die finanzielle Liberalisierung mit der Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte in Gleichschritt bleibt, daß (2) ausreichende Währungsreserven vorhanden sind, die nach wie vor das beste Bollwerk gegen ausländische Spekulationen abgeben und daß (3) jede finanzielle Liberalisierung Hand in Hand geht mit der Einrichtung solider Aufsichtsmechanismen, leistungsfähiger Banken, solider Buchführungs- sowie Statistikmethoden und nicht zuletzt auch mit erhöhter Transparenz. China habe sein Augenmerk darauf zu richten, daß das Volumen der Kredite an China genau überwacht, daß die Menge des ausländischen Kapitals und die Höhe der Schulden einheitlich kontrolliert und daß jegliche internationale Kreditgewährung auf illegalem Weg strikt unterbunden wird.
4. Vom Westen lernen: Der Stellvertretende Direktor der Zentralbank, Li Mingkang, hat vorgeschlagen, daß China zwei Institutionen nach US-Vorbild errichten sollte, um faule Kredite besser in den Griff zu bekommen, nämlich (1) eine Vermögensverwaltungsgesellschaft (Asset Management Corporation) und (2) eine Sanierungsgesellschaft (Resolution Trust Corporation). Die Vermögensverwaltungsgesellschaft hat die Aufgabe, faule Kredite dergestalt umzuformen, daß sie ihre Gefährlichkeit verlieren; die RTC andererseits solle solche Banken und Geldinstitute sanieren (oder aber schließen), die zahlungsunfähig geworden sind.
5. Aktive Teilnahme Chinas an der Reform des internationalen Finanzsystems: Hier gehe es vor allem darum, daß der IWF in Zukunft nicht mehr als Feuerwehr hinter den Spekulanten herräumt, sondern daß er wieder konstruktivere Aufgaben übernimmt, z.B. die Unterstützung von Ländern, die angesichts ungünstiger Terms of Trade in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind.

Speziell für die chinesische Volksbank hat ihr Präsident, Dai Xianglong, vier wichtige Erkenntnisse aus der Asienkrise gewinnen können:

Erstens müsse stets auf ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sowie zwischen Waren- und Geld-

menge geachtet werden. Vor allem dürften auf dem Grundstücks- und Aktienmarkt keine „Seifenblasen“ entstehen: Japan und Thailand haben bei dieser Aussage offensichtlich als Ausgangspunkt gedient!

Zweitens müsse besonders die Kreditaufnahme der Betriebe scharf überwacht werden. Ein Blick auf die Situation in Asien habe deutlich gemacht, daß es nicht der Staat gewesen sei, dem die Aufnahme überhöhter Kredite und „heißer Gelder“ in die Schuhe zu schieben sei, sondern eine Reihe von Betrieben.

Hauptformen des Kapitaltransfers an die Betriebe müßten überdies „solide“ Posten sein, nämlich entweder Direktinvestitionen oder aber langfristige Handelskredite.

Drittens sei das beste Risikopolster ein hoher Bestand an Devisenreserven. Gleichzeitig müsse eine vorsichtige Konvertibilisierung des RMB angestrebt werden, damit der Markt hier seine Ausgleichswirkung entfalten könne.

Nicht zuletzt aber müßten die Finanz- und Bankreformen in China systematisch weiter vorangetrieben werden, wobei besonders darauf zu achten sei, daß keine willkürlichen Eingriffe von Seiten einzelner Politiker oder Danweis erfolgen.

Was den chinesischen Politikern am internationalen Finanzsystem in toto besonders mißfällt, ist das Fehlen von Maßnahmen gegen das Spekulantentum, mangelnde Voraussehbarkeit der Entwicklungen und vor allem das Fehlen von „Endverteidigungslinien“.

Allerdings läßt Beijing klare Aussagen darüber vermissen, ob wieder feste Wechselsysteme (im Sinne etwa des Bretton-Wood-Systems) oder aber Spekulationssteuern à la Tobin eingeführt werden sollen und ob China sich an diesen Instrumenten finanziell sowie als Garant beteiligen würde.

2.2

Praktische Konsequenzen

Will China dem Teufelskreis weiterer Währungs- und Sicherheitskrisen entgehen, muß es möglichst schnell Maßnahmen im wirtschaftlichen und außenpolitischen Bereich ergreifen.

Die wirtschaftlichen Änderungsmaßnahmen laufen hierbei vor allem auf grundlegende Reformen des Banken- und Finanzsektors hinaus, sind letztlich also weniger technischer als vielmehr politischer Natur und spielen deshalb weit in den innenpolitischen Bereich hinüber.

2.2.1

Innenpolitisches Antwortverhalten: Reparaturarbeiten am Banken- und Finanzsystem

2.2.1.1

Veraltete Strukturen

Das chinesische Bankensystem stammt z.T. noch aus maoistischer Zeit. In den Jahren zwischen dem Beginn der Reformen i.J. 1979 und 1993 wurde es nur ansatzweise modernisiert und gleichzeitig immer mehr von einem unübersichtlichen Regelwust überwuchert. Erst 1993 setzten hier entscheidende Reformen ein, die allerdings bis auf den heutigen Tag keinen fundamentalen Modernisierungswandel herbeigeführt haben.

2.2.1.2

Gefahren von oben und von unten

Allgemein gesprochen wird das Bankensystem von zwei Seiten her in eine Zange genommen:

– Die „Gefahr von oben her“ besteht vor allem darin, daß die staatlichen Banken de facto keine Autonomie besitzen, sondern immer wieder von der Politik in Anspruch genommen und für teilweise partikuläre Interessen, daneben aber auch für Subventionen in Anspruch genommen werden, die bestimmten politischen Zielsetzungen dienen, z.B. der Unterhaltung von defizitären Staatsbetrieben.

Von den rund 16.000 großen und mittleren VEBen sind beispielsweise 6.000 bis über den Kopf verschuldet. Eigentlich müßten hier die gesetzlich seit langem geregelten Konkursmaßnahmen in Gang kommen. Dies würde dann zur Fusionierung oder zur Auflösung Tausender von Betrieben führen – vor allem aber zur Freisetzung von über einer Million Arbeitern, die ja mit zu den treuesten Anhängern der KPCh gehören.

Wenn schon Subventionen, so müßten sie eigentlich aus der Staatskasse bezahlt werden. Da die Milliardensummen hierfür jedoch nicht vorhanden sind, hat sich die Bürokratie in den vergangenen Jahren immer mehr der Banken bedient und sie zu „Ladenkassen der Regierung“ umfunktioniert – mit der Folge, daß die Geldinstitute hier Gelder abzuzweigen hatten, die eigentlich als Investitionskredite hätten vergeben werden müssen.

Der Zugriff der Bürokratie auf die Banken ist deshalb so stark, weil die großen Geldinstitute ausnahmslos staatlich sind; das erste Privatinstitut, nämlich die Minsheng-Bank, wurde überhaupt erst 1995 zugelassen. Ausländische Banken andererseits dürfen nur in den Dienst des ausländischen Kapitals treten.

Zu den staatlichen Banken gehören fünf Kategorien, nämlich (1) die „Volksbank“ als staatliche Zentralbank, (2) die vier „Spezialbanken“, die zwischen 1979 und 1984 gegründet wurden, nämlich die Landwirtschafts-, die Industrie- und Kommerz-, die Außenhandels- („Bank of China“) und die Aufbaubank. Es folgen (3) weitere über ganz China tätige Staatsbanken, nämlich die Verkehrsbank, die CITIC, die Everbright Bank, die Hua Xia Bank und die China Investment Bank, ferner (4) eine Reihe von regional verbreiteten Handelsbanken, z.B. die „Entwicklungsbanken“ von Guangdong, Shanghai Pudong, Shenzhen und Hainan sowie die Sparbanken von Yantai und Bengbu, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Nicht zuletzt aber (5) wurden 1994 noch drei „Politik-Banken“ gegründet, die vor allem in den Dienst von staatlichen Hauptprojekten gestellt werden, nämlich die Ex-Im-Bank, die Aufbau-Bank und die Landwirtschaftsentwicklungs-Bank.

Das Hauptproblem all dieser Geldinstitute besteht darin, daß sie einem politischen Dauerdruck ausgesetzt sind, der dazu führt, daß sie finanziell ausbluten, ohne daß sie ihre eigentlichen Hausaufgaben hätten erledigen können. Solange die Banken und ihr Personal Teil der staatlichen Bürokratie bleiben, gibt es aus diesem Teufelskreis kein Entrinnen – und vor allem auch keine „das Geschäft belebende“ Konkurrenz. Zwar hat die Bankenreform von 1993 Autonomie für die Zentralbank angeordnet, so daß jetzt auch Offenmarkt-, Diskont- und Mindestreservenpolitik ausgeübt werden kann; doch werden die Spitzenkader nach wie vor politisch bestellt, so daß auch das verhängnisvolle Interventionspotential fortbestehen dürfte.

– *Gefahren von unten*: Da die großen Staatsbanken wegen der oben beschriebenen „politischen Einbindung“ ihre Finanzierungsaufgaben nicht erfüllen können, hat sich an der Basis als Ersatz ein weiter Fächer von „Untergrundkreditmärkten“ geöffnet, der sich mittlerweile aus Tau-

senden kaum noch kontrollierbaren Danweis zusammensetzt. All diese finanziellen Institutionen „ohne Bankencharakter“ sind in den 80er Jahren entstanden und werden zumeist genossenschaftlich, mittlerweile aber auch privat betrieben. Mitte der 90er Jahre gab es beispielsweise rund 51.000 ländliche Kreditgenossenschaften, über 5.000 städtische Kreditgenossenschaften, 394 Treuhand- und Investitionsgesellschaften, 65 Finanzierungsgesellschaften, 9 Versicherungsgesellschaften, 16 Leasinggesellschaften sowie ungezählte „Fonds auf Gegenseitigkeit“, die entweder auf eigene Rechnung wirtschafteten oder – perverserweise! – von den staatlichen Banken eingespannt wurden, um Transaktionen zu erledigen, die die Banken im eigenen Namen nicht hätten vornehmen können. Kein Wunder, daß hier Kredite vergeben wurden, die weit außerhalb der staatlichen Kreditpläne lagen und daß das Kreditgebahren dieser Zwitterbanken dazu führte, daß zahllose Betriebe auf Pump wirtschafteten, daß aber vor allem am Ende viele Kredite notleidend wurden – und mit dazu beitrugen, daß der RMB-Yuan am Ende um fast 30% überbewertet war.²

Wie sollen all diese Untergrundnetzwerke, die vor allem durch den Ausbau zwischenpersönlicher Beziehungen verfilzt sind, wieder beseitigt werden? Mit einem Gesetz allein läßt sich hier wohl wenig ausrichten!

Hauptproblem des chinesischen Bankensystems ist die Wiederherstellung von Vertrauen – und die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Bankensystems. Solange dieser gesellschaftspolitische Prozeß nicht an sein Ziel gelangt, kann sich der Gesetzgeber die Zähne ausbeißen!

2.2.1.3

Maßnahmen Zhu Rongjis

Es war kein Geringerer als Zhu Rongji, der seit 1993 im Politbüro federführend die Umsetzung von Reformen auf zwei Gebieten übernommen hatte, nämlich im Landwirtschafts- und im Bankenbereich. Unter anderem war er im Juli 1993 Gouverneur der Volksbank geworden.

Zwar hat er diesen Posten, lange vor der Übernahme des Ministerpräsidentenamts (im März 1998), bereits im Juni 1995 an Dai Xianglong abgetreten; die Federführung für die Bankenreform hat er sich deshalb jedoch noch lange nicht aus der Hand nehmen lassen – im Gegenteil: Wie energisch er nämlich gerade in diesem Bereich durchzugreifen gewillt ist, hat er zuletzt Anfang Oktober 1998 wieder dadurch bewiesen, daß er die GITIC, d.h. die Guangdong International Trust and Investment Corporation, in Konkurs gehen ließ, nachdem diese sich mit einer Summe von rund 2 Mrd. US\$ im Ausland verschuldet hatte, wobei die Gelder zumeist kurzfristiger Art, also manchmal innerhalb von Sekunden nach Auftauchen eines Risikos abgezogen worden waren.

Die GITIC war eine jener zahlreichen „ITICs“, die auf Provinzebene gegründet worden sind, nachdem sich 1979 die CITIC, d.h. die Central International Trust and Investment Corporation, etabliert hatte. Ihr war noch im Dezember 1979 die SITIC (Shanghai!) und dann die TITIC (Tianjin!) gefolgt.

Aufgabe dieser „ITICs“ war es, in Übereinstimmung mit dem Joint-venture-Gesetz vom 1. Juli 1979 ausländische Gelder heranzuführen, fortschrittliche Technolo-

²Zur Benutzung der Banken als „Ladenkassen der Regierung“ vergl. Margot Schüller, „Wirtschaftsentwicklung in der VR China 1997/98“, in C.a., 1998/4, S.412-415; ferner Minxin Pei, „The Political Economy of Banking Reforms in China, 1993-1997“, in *Journal of Contemporary China* 1998, Nr.7 (18), S.321-350.

gien zu akquirieren, komplette Anlagen zu importieren und durch Investitionen die Modernisierung Chinas zu beschleunigen. Die ITICs sollten sowohl im Auftrag ausländischer Firmen als auch im Namen chinesischer Behörden oder Unternehmen Verbindungen knüpfen, Vereinbarungen sowie Verträge schließen und Anbahnungs- sowie Beratungsdienste leisten. Ferner waren sie berechtigt, das Leasing fortgeschrittener Anlagen zu betreiben, Kredite aufzunehmen, im Ausland Schuldverschreibungen auszustellen und Anteilsscheine für den Erwerb von Geschäftsanteilen an einem chinesischen Unternehmen zu vermitteln. Die ITICs traten dabei in ihrem eigenen Namen auf und handelten auf eigene Verantwortung.³

Die Schließung der GITIC war ein Signal mit doppelter Wirkung – nämlich nach innen und nach außen:

Nach innen verkündet es die Botschaft, daß „Bankenreform“ nicht nur eine Farce ist, sondern daß das hier gesetzte Ziel nun endlich – und mit aller Energie – in Angriff genommen werden soll.

Nach außen ist die Botschaft vor allem für internationale Banken beunruhigend, wenn nicht alarmierend: Haben sie doch im Vertrauen darauf, daß es sich bei den ITICs um staatliche Einrichtungen handelt, Millionen-, ja Milliardenkredite vergeben, die nun in Gefahr sind, nicht mehr zurückgezahlt zu werden.

Für die Gläubigerbanken dürfte es unter diesen Umständen kaum einen Trost bedeuten, daß China mit dem energischen Vorgehen gegen die GITIC einen Beweis für ihren Reformwillen geliefert hat. Auch der Hinweis des chinesischen Finanzministeriums, daß sich die VR China nur dort im Rückzahlungsobligo sehe, wo die ausländischen Kredite von der zuständigen Behörde ordnungsgemäß genehmigt worden sind, ist alles andere als beruhigend. Immerhin gibt es mittlerweile rund 250 ITICs!

Die durch die Maßnahmen der Volksrepublik betroffenen Gläubigerbanken dürften nun alles daran setzen, ihre Regierungen zu bewegen, in Beijing vorstellig zu werden.

2.2.2

Außenpolitische Konsequenzen

2.2.2.1

Der Stellenwert der Asienkrise im außenpolitischen Spektrum

Welchen Rang die chinesische Regierung der Asienkrise mittlerweile einräumt, wurde besonders deutlich bei der Grundsatzrede, die Außenminister Tang Jiaxuan am 23. September 1998 vor der UNO-Vollversammlung gehalten hatte und die eine Art tour d'horizon über die Gewichtungen der derzeitigen chinesischen Außenpolitik liefert. Insgesamt sprach Tang dabei sechs große Themen an, nämlich (1) die Atomtests Indiens und Pakistans vom Mai 1998, (2) die asiatische Finanzkrise, (3) die Friedensgefährdungen in Nahost, im Kosovo und in Äthiopien/Eritrea, (4) die UNO-Reform, (5) die Taiwanfrage und (6) Vorschläge Chinas zur Gewährleistung von Frieden und Stabilität in der Welt.⁴

In der Rangfolge dieser Punkte steht die „Asienkrise“ bezeichnenderweise an zweiter Stelle – gleich hinter den südasiatischen Atomtests, die von China als eine Katastrophe und als ein „Erbe des kalten Kriegs“ betrachtet werden.

Der Hauptbeitrag Beijings zur Bekämpfung der *Dong-*

ya jin'e weiji bestehe darin, den RMB-Yuan nicht abzuwerten, auch wenn die VRCh dafür einen hohen Preis zu zahlen habe.

2.2.2.2

Verzicht auf Abwertung der chinesischen Währung

Fakt man Aussagen von Ministerpräsident Zhu Rongji und von Volksbankpräsident Dai Xianglong zusammen, so kommt die Abwertung des RMB aus drei Gründen nicht in Frage, weil dies nämlich (1) versprochen worden, weil Abwertung (2) unnötig und weil sie nicht zuletzt (3) überflüssig sei.⁵ Daneben spielt (4) auch noch die exponierte Lage Hongkongs eine Rolle.

Grund Nr.1: „Versprochen ist versprochen“: Auf diese Aussage legt vor allem Zhu Rongji großen Wert. China trage Verantwortung für Stabilität nicht nur im eigenen Land, sondern auch in seiner Nachbarschaft, und werde sich deshalb im Interesse des „Vertrauens“ (!) an sein Versprechen halten. Wenn Spekulanten in aller Welt gleichwohl immer wieder das Gerücht von einer Abwertung des RMB ausstreuten, so sei dies eine Lüge!

China will mit diesem Verhalten übrigens ein positives Kontrastbild zu Japan liefern, das seine Verantwortung in Asien nicht wahrgenommen hat. Eigentlich hätte Japan als größte Wirtschaftsmacht des Kontinents gerade im Zeichen der Finanzkrise eine ganz besondere Verantwortung für die Stabilisierung und Wiederherstellung der Volkswirtschaften seiner Haupthandelspartner an den Tag legen müssen. Statt dessen habe die mehrmalige Abwertung des Yen den Devisen- und Aktienmarkt in Ost- und Südostasien noch zusätzlich belastet, so daß es zu ständigen Kursschwankungen gekommen sei.

Nach alledem komme es jetzt also ganz besonders auf China und den Wechselkurs des RMB an.⁶

Grund Nr.2: Die RMB-Abwertung ist unnötig

Folgende Gründe werden für diese Haltung ins Feld geführt:

- Erstens ist Chinas Handelsbilanz nach wie vor im Plus:⁷ Zwar sind die Exporte etwas zurückgegangen. Doch hängt dies offensichtlich nicht mit der unterbliebenen Abwertung zusammen, da die Exporte in die OECD-Länder, also vor allem in die USA und nach Europa, auch 1998 weiter angestiegen sind – und dies trotz heftiger Konkurrenz anderer asiatischer Staaten, deren Preise im Zeichen dramatischer Abwertungen ja gewaltig gesunken sind.

Die Unfähigkeit der asiatischen Konkurrenten, auf den westlichen Märkten mit dem chinesischen Export Schritt zu halten, ist dadurch bedingt, daß die Exportwaren dieser Länder zu etwa 60% mit Importausgaben belastet sind, für die asiatische Konkurrenten heute kaum noch das Kapital beschaffen können! Der Ausfuhrerfolg im Westen sei also der beste Beweis dafür, daß Chinas Exporte keineswegs durch einen teuren RMB-Kurs gefährdet sind.

Während die chinesischen Exporte in die OECD-Länder anwachsen, haben sie in Richtung Asien einen Rückschlag hinnehmen müssen. Der Hauptgrund dafür liegt im dramatischen Rückgang der Inlandsnach-

⁵BRu, 1998, Nr.35, S.5; 1998, Nr.10, S.13 f.; 1998, Nr.38, S.8 und 1998, Nr.41, S.17 ff.

⁶BRu, 1998, Nr.41, S.17.

⁷In den ersten drei Quartalen des Jahres 1998 hat das Land einen Handelsbilanzüberschuß von 35 Mrd. US\$ erzielen können.

³Dazu C.a., 1980/8, S.665 f.

⁴XNA, 23. und 24.9.98.

frage bei den Partnerländern. Angesichts des durch die Asienkrise verursachten Kaufkraftschwunds in diesen Ländern könnte China dort vermutlich auch dann kaum höhere Absätze erzielen, wenn der RMB abgewertet würde.

Ganz im Gegenteil würde eine Abwertung die Partnerländer in noch größere Schwierigkeiten stürzen – und damit auch die Absatzchancen Chinas ein weiteres Mal schmälern. Abwertung wäre also auch hier letztlich kontraproduktiv!

Allgemein gesprochen muß China bei seinen Exporten ganz besonders auf der Hut sein, weil sein volkswirtschaftliches Wachstum in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem „export led growth“ geworden ist. 1997 beispielsweise machte das Exportvolumen nicht weniger als 20,3% des BIP aus! Kein Wunder also, wenn der Rückgang der Ausfuhren i.J. 1998 und die roten Zahlen, die China im Mai bei seinem Außenhandel zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder schreiben mußte, Sorgen ausgelöst haben!

- Zweitens besitzt China Devisenreserven in Höhe von 140 Mrd. US\$ – ein solides Polster zur Abfederung von Zahlungsschwächen. Allerdings konnten die Reserven 1998 kaum weiter aufgestockt werden, da Exporte und ausländische Direktinvestitionen hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Was die Abwehr der internationalen Spekulation anbelangt, so braucht die VRCh hier vorerst keine Befürchtungen zu haben, da der RMB ja nicht frei konvertibel ist, also keine Spekulationsgefahr à la Thailand ins Haus steht!
- Drittens gehen die Investitionen trotz vieler bitterer Rückschläge weiter. 1997 waren immerhin noch rund 60 Mrd. US\$ transferiert worden. China hofft, daß auch im laufenden Jahr 1998 wenigstens zwei Drittel dieser Summe hereinkommen, zumal China mittlerweile mit Steuerbefreiung oder -erleichterung winkt. In den ersten drei Quartalen konnten 31 Mrd. US\$ an ausländischen Direktinvestitionen eingeworben werden.

Nach wie vor übt die Größe des chinesischen Markts auf ausländische Investoren eine offensichtlich unwiderstehliche Anziehungskraft aus, selbst wenn der RMB Investitionen in China momentan nicht gerade billig werden läßt.

- Viertens hat China nach wie vor eine solide Schuldenstruktur. 85% aller im Ausland aufgenommenen Kredite sind lang- und mittelfristiger Natur und nur 15% bestehen aus „heißen“ Geldern, so daß sich die chinesische Volkswirtschaft hier in einer weitaus weniger gefährlichen Situation befindet als z.B. die Volkswirtschaften Thailands oder Südkoreas i.J. 1997.
- Nicht zuletzt aber scheint China auch binnenwirtschaftlich noch auf einem verhältnismäßig akzeptablen Wachstumskurs zu liegen. Ob 1998 in der Tat noch ein BIP-Zuwachs von 8% erzielt wird, ist primär eine „Gesichts“-Frage für Zhu Rongji und seine Regierung. 1997 wurden +8,8% erzielt – vielleicht sind es 1998 am Ende nur noch 7% oder weniger.

Trotz dieses Rückgangs sollte aber bedacht werden, daß die Inflationsrate noch nie so niedrig lag wie 1998, daß also die Kaufkraft des RMB substantiell gesteigert wurde, und daß China überdies in der Zwischenzeit zu einem Käufermarkt geworden ist, wo die Nachfrage immer mehr die Preise zu bestimmen beginnt, so daß der Handel, wenn er seine Waren an den Mann

bringen will, mit den Preisen laufend heruntergehen muß.

Grund Nr.3: Die Abwertung gilt aber nicht nur als unnötig, sondern auch als *überflüssig*, und zwar im wesentlichen aus drei Gründen:

Erstens will China seine Produktionskosten nicht durch Abwertung, sondern via Rationalisierung und höheren Hightech-Einsatz senken.

Um diesen Rationalisierungseffekt zu erreichen, muß das Land modernste Maschinen und Produktionsmethoden/Software einkaufen, die auf dem Weltmarkt ungewöhnlich teuer sind. Mit einer Abwertung des RMB würde sich China hier also eher ins eigene Fleisch schneiden, als sich einen Gefallen zu tun!

Beim Erwerb von Hochtechnologie erweist sich der teure RMB m.a.W. durchaus als Segen!

Zweitens kann eine Kostensenkung bei den Exporten auch durch Steuervergünstigungen auf Exportwaren erzielt werden. Beim chinesischen Wirtschaftsministerium gilt es als ausgemacht, daß eine Erhöhung des Steuervergütungssatzes auf Exporte von +8% im wesentlichen die gleiche Wirkung hätte wie eine Abwertung des RMB um 16%.⁸

Drittens aber gehen die Wirtschaftspolitiker der VR China davon aus, daß der RMB längerfristig eher einem Aufwertungs- als einem Abwertungsdruck unterliegt. Sollte China nämlich weiterhin hohe Ausfuhrüberschüsse erzielen und sollte auch der Kapitaltransfer in die VRCh weiter andauern, so erhöhte sich die Nachfrage nach RMB-Yuan so stark, daß ein Aufwertungsdruck entstünde.

Grund Nr.4: Die schwierige Lage Hongkongs

Obwohl die SVZ Hongkong nach wie vor ihr eigenes Wirtschaftssystem und ihren Dollar beibehalten hat, muß das Schicksal der einstigen Kronkolonie den Wirtschaftspolitikern der VRCh besonders am Herzen liegen.

Ginge China so weit, den RMB abzuwerten, so würde die Lage des an den US-Dollar gekoppelten Hongkong-Dollars unhaltbar. Der SVZ-Regierung bliebe dann nur die Wahl zwischen Pest und Cholera, indem sie nämlich den Hongkong-Dollar entweder vom US-Dollar abkoppelte und damit auf einen Schlag das Vertrauen der internationalen Geschäftswelt verlöre, das seit Jahrzehnten aufgebaut worden ist, oder indem sie am US-Dollar festhielte und damit zu der zweifelhaften Ehre käme, ein asiatisches Höchstpreisgebiet zu sein.

3

Großes Gesicht für China

Bei allen Nachteilen, die die Asienkrise mit sich bringt, hat sie doch auch das angenehme Nebenergebnis, daß die VRCh im Finanzbereich an „Gesicht“ gewinnt. Nachdem Japan so schmachvoll versagt hat, ist man sich in China bewußt, daß die VRCh zu einem Schlüsselfaktor auf dem Devisenmarkt Asiens geworden ist, daß China also, wenn es zur Abwertung schritte, zumindest die Börsenkurse weltweit in Aufregung versetzte. „Auf uns, die VR China, kommt es an, wenn die Asienkrise zu einem glücklichen Ende finden soll“ – dies ist eine Erkenntnis, die das chinesische Selbstbewußtsein von Tag zu Tag mehr zu beflügeln scheint!

⁸BRu, 1998, Nr.41, S.19.